

EINE NEUE STUDIE IM AUFTRAG DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG:



DIE ABWERTUNG DER ANDEREN.

**EINE EUROPÄISCHE ZUSTANDSBESCHREIBUNG ZU INTOLERANZ,
VORURTEILEN UND DISKRIMINIERUNG**

Eine Analyse antidemokratischer Mentalitäten in acht Ländern Europas von Prof. Dr. Andreas Zick, Dr. Beate Küpper und Andreas Hövermann im Auftrag des Projekts „Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus“ des Forum Berlin der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Kontext & Ziel:

- Die Basis der Menschenrechte und ein vielseitiges, tolerantes und multikulturelles Selbstbild Europas sind nicht nur für den Schutz von Minderheiten essentiell. Sie sind Fundament unseres gesellschaftlichen Zusammenhalts und der Demokratiefestigkeit in Europa. **Intoleranz, Vorurteile und Diskriminierung sind Gefahren für den Zusammenhalt pluraler Gesellschaften und damit für die Demokratie selbst.** Sie zeigen an, inwieweit die Mehrheit bereit ist, soziale, ethnische, kulturelle und religiöse Minderheiten und vermeintlich ‚Anderer‘ als gleichberechtigte Mitglieder einer Gesellschaft zu akzeptieren und zu beteiligen, oder sie auszuschließen. **Intoleranz, Vorurteile, antidemokratische Einstellungen und die Bereitschaft, andere zu diskriminieren, sind daher sensible Messinstrumente der sozialen Kohäsion** von Gesellschaften.
- Ziel der neuen Publikation ist es, die gesellschaftliche Debatte um den zunehmenden Erfolg rechtspopulistischer und rechtsextremer Kräfte in Europa aufzunehmen und für eine konstruktive Debatte über effektive Wege für ein demokratisches und solidarisches Europa zu nutzen. Mit **umfassenden Befunden aus vergleichbaren Daten über Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit gegenüber unterschiedlichen Adressat/innengruppen in acht Ländern Europas** (Deutschland, England, Frankreich, Niederlanden, Italien, Portugal, Polen, Ungarn) liefert die Studie eine empirische Grundlage und politische Impulse für die gesellschaftspolitische Auseinandersetzung.
- Untersucht wurden sechs Dimensionen des Syndroms „Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ (GMF). Dabei stand das Ausmaß, wichtige Determinanten und mögliche Ursachen von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit im Zentrum des Interesses. Konkret analysiert wurden dabei abwertende Einstellungen und Vorurteile gegenüber solchen Gruppen, die als ‚anders‘, ‚fremd‘ oder ‚unnormal‘ definiert werden und denen ein untergeordneter sozialer Status zugewiesen wird. Hierzu zählten **fremdenfeindliche, rassistische, antisemitische, islamfeindliche, sexistische und homophobe Einstellungen.**

Vorgehen:

Die der Studie zugrundeliegende Datenbasis wurde im Rahmen eines internationalen Forschungsprojekts (*GFE-Europe*) der Universität Bielefeld unter der wissenschaftlichen Leitung von Professor Dr. Andreas Zick und Dr. Beate Küpper erhoben. Dieses internationale Forschungsvorhaben wurde durch private Stiftungen gefördert, namentlich die Compagnia di San Paolo, die Volkswagen-Stiftung, die Freudenberg Stiftung, die Groeben Stiftung und die Amadeu-Antonio-Stiftung. In 2008 wurde jeweils eine repräsentative Stichprobe von 1 000 Personen ab 16 Jahren in acht europäischen Ländern in Telefoninterviews befragt. Die Erhebungen fanden in Großbritannien, Frankreich, Deutschland, den Niederlanden, Italien, Portugal, Polen und Ungarn statt. Der standardisierte Fragebogen enthielt vorgetestete und für den interkulturellen Vergleich taugliche Fragen. Zur Erfassung eines Elements der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (d.h. Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit, Sexismus und Homophobie) wurden jeweils mehrere Aussagen verwendet, zu denen die Befragten mittels einer 4-stufigen Skala ihre Zustimmung beziehungsweise Ablehnung angeben konnten.

Zentrale Ergebnisse:

- **Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ist in Europa weit verbreitet. Sie ist zudem keineswegs ein Phänomen von politischen Randgruppen, sondern findet sich auch in der Mitte der Gesellschaft.** Auffallend einig sind sich die Europäer/innen in ihrer **Ablehnung von Einwanderer/innen und Muslim/innen**. Rund die Hälfte aller europäischen Befragten ist der Ansicht, es gebe zu viele Zuwanderer/innen in ihrem Land. Ebenfalls etwa die Hälfte aller europäischen Befragten wünscht sich ein Arbeitsplatzvorrecht für Einheimische in Krisenzeiten. Rund die Hälfte verurteilt den Islam pauschal als eine Religion der Intoleranz. Ein Gegengewicht zu diesen negativen Einstellungen bilden die knapp 70 Prozent aller Befragten, die in Zuwanderer/innen eine Bereicherung für die eigene Kultur sehen. Zwischen 17 Prozent der Befragten in den Niederlanden und über 70 Prozent in Polen meinen, Juden/Jüdinnen versuchten heute Vorteile daraus zu ziehen, dass sie während der Nazi-Zeit die Opfer gewesen sind. Rund ein Drittel der Befragten glaubt an eine natürliche Hierarchie zwischen Menschen verschiedener Ethnien. Die Mehrheit in Europa vertritt zudem sexistische Einstellungen, die auf eine traditionelle Rollenverteilung setzen, und fordert, dass Frauen ihre Rolle als Ehefrau und Mutter ernster nehmen sollten. Gleiche Rechte werden homosexuellen Menschen von zwischen 17 Prozent der Befragten in den Niederlanden bis hin zu 88 Prozent der Befragten in Polen verweigert.
- Die repräsentativen Daten bieten zudem die Möglichkeit, **Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen einzelnen Ländern** zu analysieren. Entgegen der **überall vorhandenen Ablehnung von Einwanderer/innen und Muslim/innen** unterscheidet sich das Ausmaß an Antisemitismus, Sexismus und Homophobie zwischen den Ländern deutlich. Die Befragten in den Niederlanden äußern sich insgesamt am wenigsten abwertend; allerdings ist die Islamfeindlichkeit dort ähnlich stark ausgeprägt wie in den anderen Ländern. Im europäischen Vergleich fallen die osteuropäischen Länder Ungarn und Polen durch eine hohe Ablehnung aller angesprochenen Minderheiten auf. Neben Ungarn erreicht die Fremdenfeindlichkeit aber auch in Großbritannien ein verhältnismäßig hohes Ausmaß, während in Frankreich wie auch den Niederlanden Fremdenfeindlichkeit im Vergleich zu den anderen Ländern weniger Zustimmung erhält; dennoch ist das Ausmaß auch hier bemerkenswert. Antisemitismus

ist insbesondere in Polen und Ungarn stark, in Großbritannien und den Niederlanden vergleichsweise weniger verbreitet; nichtsdestotrotz vertreten auch dort besorgniserregend viele Befragte antisemitische Einstellungen. In Italien ist im Vergleich zu den übrigen Ländern Rassismus auffallend gering ausgeprägt, Homophobie hingegen, wie auch in Portugal, Polen und Ungarn, deutlich verbreiteter. Das Ausmaß Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit liegt in Deutschland im europäischen Mittelfeld, jedoch mit Blick auf bestimmte abgewertete Gruppen – auch was das Ausmaß der Abwertung von Muslim/innen betrifft – höher als bei den westeuropäischen Nachbarländern. In Portugal, Polen und Ungarn ist gleichermaßen eine relativ starke Ausprägung von Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus und Sexismus nachweisbar. Geht es um Muslim/innen, ist sich Europa in seiner ablehnenden Haltung weitgehend einig; lediglich in Portugal ist das Ausmaß von Islamfeindlichkeit etwas geringer.

- **Vorurteile gegenüber einer Gruppe gehen häufig mit solchen gegenüber anderen Gruppen einher.** Die einzelnen Elemente von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit bilden ein eng miteinander verknüpfted Syndrom der Abwertung.
- **In allen Ländern haben die Befragten mehrheitlich das Gefühl, von Politiker/innen nicht gehört zu werden.** Dabei sind **politische Einstellungen und das Gefühl, politischer Machtlosigkeit maßgebend für die Bereitschaft, menschenfeindlichen Aussagen zuzustimmen:** Diejenigen, die sich politisch eher rechts positionieren, sich politisch machtlos fühlen, eine starke Führerfigur wünschen und die Todesstrafe befürworten, sind im Durchschnitt gruppenbezogen menschenfeindlicher. Ebenso tendieren jene stärker zur Abwertung von schwachen Gruppen, die ein negatives Bild von der EU haben. Das generelle politische Interesse ist kaum relevant für die Verbreitung von Vorurteilen.
- Zudem untersucht wurden **weitere Bestandteile rechtsextremer Einstellungen.** Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ist u.a. mit drei grundlegenden ideologischen Orientierungen verbunden: Mit dem **Autoritarismus** – eine auf Recht und Ordnung sowie Disziplin setzende Grundhaltung; mit der **Sozialen Dominanzorientierung** – die Befürwortung von sozialen Hierarchien zwischen ‚oben‘ und ‚unten‘; und mit der **Ablehnung von Diversität** – einer generell ablehnenden Haltung gegenüber Vielfalt von Kulturen, Ethnien und Religionen innerhalb eines Landes.
- **Ein klarer Zusammenhang ergibt sich bezüglich der Einflussfaktoren Alter, Bildung und Einkommen:** Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit nimmt mit dem Alter zu und mit besserer Bildung und höherem Einkommen ab, letzteres mit Ausnahme Italiens. Bemerkenswerterweise spielt das Einkommen für das Ausmaß von Islamfeindlichkeit und Homophobie nur eine geringe Rolle. Männer und Frauen unterscheiden sich in ihren Einstellungen hingegen kaum.
- Untersucht wurde neben der Einstellungsebene auch die **Verhaltensdimension: Die Ergebnisse zeigen, dass abwertende Einstellungen, auch handfeste Folgen haben.** Mit Bezug auf die Gruppe Einwanderer/innen lässt sich nachweisen, dass diejenigen, die schwache Gruppen abwerten, sich auch mit größerer Wahrscheinlichkeit gegen die Integration von Einwander/innen aussprechen, ihnen eher eine

gleichberechtigte politische Teilhabe verweigern und eher bereit sind, Einwanderer/innen zu diskriminieren und ihnen mit Gewalt zu begegnen.

- Die wichtigsten **Erklärungsfaktoren** von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sind neben einer autoritären und hierarchiebefürwortenden Grundhaltung außerdem das subjektive Gefühl der Bedrohung durch Einwanderer/innen und das Gefühl der Orientierungslosigkeit in der heutigen Zeit. Auch ein geringes Einkommen und das Gefühl der Benachteiligung spielen eine Rolle.
- Die wichtigsten **Schutzfaktoren** vor Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sind das Vertrauen in andere Menschen, das Gefühl, feste Freundschaften schließen zu können, der Kontakt mit Einwander/innen, und vor allem eine positive Grundhaltung gegenüber Diversität. Religiosität schützt hingegen nicht vor Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Auch allgemeine Werthaltungen, die Sicherheit und Universalismus betonen, sind hierbei kaum relevant.

Schlussfolgerungen

Die Ergebnisse der Studie machen die Dringlichkeit eines engagierten Eintretens aller gesellschaftlicher Akteure für Demokratie und gegen Rechtsextremismus deutlich. Hierzu schlagen die Autor/innen am Ende der Studie konkrete Maßnahmen vor:

- Ein wissenschaftlich unabhängiges und kontinuierliches europäisches **Monitoring** rechtsextremer und populistischer Meinungen und Handlungsintentionen auf europäischer Ebene ist überfällig.
- Die Verbreitung von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in Europa und insbesondere ihrer überregional ähnlichen Ursachen unterstreichen die Relevanz, **gemeinsame europäische Anstrengungen im Kampf gegen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit zu unternehmen**. Hierbei müssen individuelle und kontextuelle Ursachen im Blick behalten werden. Es gelte, **Einstellungen zu fördern und Strukturen zu etablieren, die Gleichwertigkeit unterstützen**. Dazu brauche es ein mehr an Akzeptanz kultureller Unterschiedlichkeit anstelle von Ablehnung des Multikulturalismus; weniger autoritär orientierte Einstellungs- und Verhaltensorientierungen und mehr Befürwortung horizontaler statt vertikaler Gesellschaftsstrukturen.
- Laut der Ergebnisse der Studie sind die Bürger/innen nicht grundsätzlich desinteressiert an Politik, nehmen sich aber subjektiv vom politischen System entkoppelt wahr. Die Erfolge von Rechtspopulisten zeigen, dass sich die Klagen der Bürger/innen nicht allein gegen die etablierten politischen Systeme richten, sondern insbesondere gegen Zuwanderer/innen, Muslim/innen und andere Minderheiten. Dieses betont die **Notwendigkeit von Strategien der Intervention und Prävention**, um der kollektiven Ausbildung von Menschenfeindlichkeit gegen „die Anderen“ weiter entgegenzuwirken. Das „ernst nehmen“ der Herausforderung von zunehmender Diversität in Europa bedeutet politisch auch das Umsetzen der Bedürfnisse nach **politischer Teilhabe und Mitsprache aller Mitglieder** der Gesellschaft.